Nr. 58. XXIV. Jahrgang. Dresden. Donnerstag, 27. Februar 1879.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummern 10 Pfge. Auflage 33000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M., — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Ab. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Im Neustadt nur an Wochentagen: große Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Die Witterungsaussichten nach dem Meteorol. Bureau zu Leipzig für heute den 27. Februar lauten: Vorwiegend wolkig, stellenweise Niederschläge, Temperatur dieselbe, schwaches Thauwetter.

Für den Monat März

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, Marienstraße 13, zu 90 Pfennige, sowie für auswärts bei den Postanstalten zu 95 Pfennigen angenommen.

Politisches.

„Bauernbriefe" — mit dieser geringschätzigen Bezeichnung hat der Abg. Eugen Richter die Schreiben belegt, die Fürst Bismarck von Friedrichsruhe aus zu verschiedenen Malen an Landwirthe richtete. „Bauernbriefe", das ist philologisch ausgedrückt, so etwas wie eine vox media und bedeutet entweder die Briefe eines Bauern oder an Bauern. In beiden Fällen sehen wir nichts Ehrenrühriges darin. Man müßte denn mit der Bezeichnung „Bauer" jenes Gegentheil von „genial" verbinden, das auf der Universität ein Studentenduell nach sich zieht und dem man noch in der Wortbildung „Bauernfänger" begegnet. Ob Eugen Richter darauf anspielen wollte, ist zwar nicht erwiesen, glaubhaft aber ist es recht gut, daß dieser Feind des landwirthschaftlichen Gewerbes dem „Bauer" etwas am Zeuge flicken wollte. Im besten Sinne des Wortes aber erscheinen uns die Friedrichsruher Bauernbriefe als Briefe eines Großgrundbesitzers an Berufsgenossen. Die Erhaltung eines tüchtigen Bauernstandes ist mindestens ebenso wichtig als die Erhaltung eines kräftigen Handwerker-, eines soliden Handels-, eines fleißigen, intelligenten und ehrenhaften Arbeiterstandes. Die Landwirthschaft ist das erste, das Urgewerbe aller Kulturstaaten, Fischer- und Jägerstämme erreichen die erste Kulturstufe, wenn sie zur Landbebauung übergehen. Der Bauer, oder wenn das Wort altmodisch klingt, der Landwirth steht der Erzeugung der Lebensmittel am nächsten und sein Wohlbefinden sollte dem Staate nicht vor Allem am Herzen liegen? Es ist ganz begreiflich, wenn ein durch die Freigebigkeit der Nation zu einem der ersten Grundbesitzer Deutschlands gemachter Mann, wie Fürst Bismarck, für das Wohlergehen seiner Erwerbsgenossen lebhaft auftritt. Das geschah auch in seiner ersten parlamentarischen Soirée. Freilich läßt sich nach dem Gange, den die wirthschaftliche Entwickelung genommen hat, nicht so streng mehr zwischen dem Bauer und Städter unterscheiden. Sachsen z. B., diese „etwas weitläufig gebaute Stadt", zeigt so viele Vermischungen der Grenzen und Uebergänge, daß man hier zu Lande von reinen ackerbautreibenden Gegenden nur ausnahmsweise sprechen kann. Der Großgrundbesitz treibt Brennerei- und Brauerei-Industrie und wie viele Fabrikdörfer giebt es! Aber auch im Allgemeinen gilt: Was dem Großgrundbesitz vortheilhaft sein kann, braucht es nicht für den mittleren und kleinen ländlichen Grundbesitz zu sein. Ob Finanzzölle auf Getreide und Vieh aber auch nur dem Großgrundbesitz zu Gute kommen, das sei billig bezweifelt, der Kleinbauer wird durch sie mindestens ebenso benachtheiligt wie der Stadtbewohner. Der Landwirthschaft wäre vielmehr geholfen, wenn man ihrer Hypothekennoth durch eine bessere Hypothekengesetzgebung, Ausbildung und staatliche Ueberwachung der landwirthschaftlichen Kreditvereine steuerte. Nicht sowohl mit der Billigkeit seiner Produkte kämpft der Bauer, als mit der Vertheuerung seines Kredits. Mag sein, daß manches Gut zu theuer gekauft wurde, so daß sein Bewirthschafter jetzt im Schweiße seines Angesichts zu würgen hat, um nur die Schuldzinsen aufzubringen — auch wo das nicht der Fall ist, verdient die Verbesserung des Realkreditwesens für den ländlichen Grundbesitz sicher den Vorzug vor der Einführung von Getreide- und Viehzöllen. Staatliche Organe sollten es überwachen, daß nicht Personen, die Einblick in die Hypothekennoth einzelner Bauern haben, diese für Privatrechnung ausschlachten und aufschwänzen und die Kreditbank nur die weniger lukrativen Hypothekengeschäfte abschließen lassen. Jedenfalls muß der Politiker jetzt mit der Thatsache rechnen, daß Fürst Bismarck den „Bruder Bauer" gegen den Handeltreibenden, Fabrikanten und Handwerker ausspielt.

Diesen Zweck verfolgte in erster Linie die letzte Kaminplauderei bei Hofbräu und Tabak in der Wilhelmstraße zu Berlin. Derartige Nachtischgespräche haben schon oft dazu gedient, „Meinung" und „Stimmung" für gewisse Steuer- oder politische Zwecke zu machen. An pikanten Wendungen, an frappirenden Gegensätzen fehlt es bei den Kundgebungen eines so geistsprudelnden Mannes, wie der Fürst ist, niemals. Manches Wort trifft den Nagel auf den Kopf und dient dazu, das was an Irrthümern und Absonderlichkeiten unterläuft, übersehen zu lassen. Zudem fehlt die Beglaubigung einer wahrheitsgetreuen Wiedergabe. Wer bürgt dafür, daß sich der Kanzler gerade so und nicht anders über den „Handel" äußerte? Widerspruch aber gegen die gewagtesten Behauptungen zu erheben, erscheint den andächtigen Zuhörern beinahe als eine Verletzung der Gastfreundschaft. In öffentlicher Reichstagssitzung, unter den Augen der Nation würde manches derartige geniale Apercue wohl schwerlich ohne Widerspruch bleiben. So nennt Fürst Bismarck den Handel „ein zwar vornehmes, aber egoistisches Gewerbe." Zugegeben! Aber ist das ein Tadel? Egoisten sind wir Alle, wir mögen den Pflug, die Feder, den Hammer oder das Schwert führen. Ein nicht egoistischer Bauer ist uns ebensowenig je vorgekommen, als ein nicht egoistischer Kaufmann, Beamter, Gewerbtreibender oder Militär. Jeder nimmt sein Interesse wahr und thut Recht daran. Der Staat hat nur dafür zu sorgen, daß der Egoismus der Einzelnen und Berufsklassen den ebenso berechtigten Egoismus der Anderen respektirt, sich in den gesetzlichen Schranken hält und über seinen Lebensrechten nicht seine Pflichten gegen den Nachbar und das Ganze vergißt. Fürst Bismarck denkt gering über den Handel, weil durch ihn weniger Menschen Arbeit und Brod finden als beim Ackerbau. So nackt hingestellt, ist dieser Ausspruch zu schroff. Er enthält einen Kern von Wahrheit, insofern er die Prätension der Seestädte charakterisirt, daß das ganze Ackerbau-, Gewerbe- und Industrie-treibende Hinterland nur dazu gut sei, ihren Handelsinteressen zu dienen. Der Wahrheit kommt man am nächsten, wenn man dahin trachtet: Industrie und Ackerbau zur Blüthe zu bringen, dann folgt die Blüthe des Handels von selbst. Alle drei Faktoren des Erwerbslebens stehen in intimster Wechselwirkung zu Abhängigkeit von einander und wenn man mißgünstig den einen Faktor schädigt, leiden die beiden anderen. Unmöglich aber ist es geradezu, sich aus den Mittheilungen über die Plaudereien ein Bild zu machen, wie sich der Kanzler die Eisenbahntariffrage vorstellt. Einen einheitlichen Tarif hält der Kanzler jetzt noch für unmöglich, Gesetze sollen den Tarif regeln, Verschiedenheiten bei den einzelnen Bahnen solle man Rechnung tragen, Konkurrenzrücksichten mit den Frachtenstellern des Auslandes solle man berücksichtigen, bei theueren Bahnen mit viel Tunneln und Brücken soll die „virtuelle Meile" zu Ehren kommen d. h. eine geringere Strecke schon gleich einer Meile gerechnet werden u. s. w. — so, nun suche sich Jeder heraus, was ihm in den Streifen paßt. Es würde, meinen wir, die Klarheit der Anschauungen im Volke mehr fördern, wenn nicht so unbeglaubigte Darstellungen wichtiger Kanzlerreden in's Publikum drängen. Sonst geht ein wilder Widerstreit entfesselter Interessen los, der Bruder Bauer traut dem Onkel Kaufmann, Vetter Geheimrath und seiner Schwester, der Industrie nicht mehr und doch verdienen Alle den Schutz und die Pflege des Staats.

Zwischen Rußland und England vollzieht sich eine sehr beachtliche Annäherung. Die Abberufung des Lord Loftus, eines zähen Gegners Rußlands, von seinem Gesandtschaftsposten in Petersburg, seine Ersetzung durch Lord Dufferin stellt die Beziehungen zwischen England und Rußland, umsomehr auf neue Grundlagen, als England zugleich den Russenfeind Lord Layard von seinem Posten in Konstantinopel abruft. Diesen Szenenwechsel verursachte Frankreich, das sich bisher der Orientfrage gegenüber fast gleichgiltig verhielt, nunmehr aber seine Rechte als Mittelmeermacht zur Geltung bringt. Frankreich streckt dem Sultan die Gelder vor, die ihm England verweigert, sein Einfluß am goldnen Horn überwiegt den Englands und Rußlands. Auch in Egypten hütet sich Frankreich sorgfältig, die Geschäfte Englands zu besorgen. Zwar schickt es jetzt wie England ein Kriegsschiff nach Alexandrien, um nicht etwa dem Vizekönig Ismail eine Europäerhetze arrangiren zu lassen. Aber im Grunde ist es Frankreich gar nicht so unlieb, daß der englische Einfluß in Egypten erschüttert wird. Es ist richtig, daß Ismail eine Schuldenhöhe anhäufte, welche die Höhe seiner Pyramiden erreichte, daß er ein Verschwender ärgster Art war, den man als Privatmann unter Curatel stellen würde, aber Wer hat ihn dahin gebracht? Wer zieht von den 80 Millionen, die Egypten einbringt, 65 als Wucherzinsen? Lediglich Rothschild und Genossen in England. Der Vicekönig bekommt von den Steuern, die er seinen Fellahs abschindet, nur 15 Mill. Jetzt verlangt England, Ismail solle seine Armee auflösen, um Egypten wehrlos zu machen und einen Vorwand zu erhalten, englische Garnisonen dahin zu werfen. Das liegt nicht im Interesse Frankreichs und Italiens, von denen Letzteres dem Khedive den Rath gab, den Offizierskrawall anzuzetteln. Ismail besitzt auch gute Eigenschaften, er gehört den Reformtürken an, will den Islam mit den Forderungen der Gegenwart versöhnen und europäische Bildung im Pharaonenlande einführen. Bereits hat er gegen das geheiligte Herkommen des Islam die Erbfolge nach dem Erstgeburtrechte in seiner Familie eingeführt und dadurch den Thronstreitigkeiten ein Ende gemacht. Einen solchen Reformator zu stürzen, liegt für Frankreich und Italien kein Interesse vor.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 26. Februar. Die „Prov.-Corresp." widmet dem Feldmarschall Grafen Roon einen längeren, sehr warmen Nachruf. Der Kaiser gedachte heute, trotz einer vorgestern eingetretenen Erkältung, mit der Kaiserin der Trauerfeierlichkeit für den Grafen Roon in der Garnisonkirche beizuwohnen, wird jedoch auf dringenden Rath der Aerzte wohl darauf verzichten müssen. — Dasselbe Blatt erklärt in einem weiteren Artikel, daß bei der Vorlegung des Antrages des Staatsanwalts Tessendorf auf strafrechtliche Verfolgung der Abgg. Fritzsche und Hasselmann an den Reichstag von einem Versuche, dessen Rechte zu beeinträchtigen, nicht die Rede sein könne, seitens der Regierung vielmehr die strengste Beachtung des Verfassungsrechtes, ebenso die volle Rücksichtnahme auf die Stellung der Rechte des Reichstages stattfand.

Berlin, 26. Februar. Im Reichstage interpellirte der ultramontane Abg. v. Hertling darüber, ob dem Reichstag über die Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf sämmtliche mit Lebensgefahr verbundene Gewerbebetriebe noch in dieser Session eine Vorlage gemacht werde? Reichskanzleramtspräsident Hofmann erklärt: ein formeller Anlaß, in der Richtung der Interpellation vorzugehen, liege für die Regierungen nicht vor. Eine Enquete bezüglich der Revision des Haftpflichtgesetzes erscheine unthunlich, die Reichsregierung werde bestrebt bleiben, die Arbeiter vor Schaden zu schützen. Ein Bedürfniß zur Aenderung der Bestimmungen über die Beweislast könne die Regierung nicht anerkennen, sie wende der korrekten Ausführung des Haftpflichtgesetzes großes Interesse zu, könne aber eine Vorlage bezüglich seiner Erweiterung nicht in Aussicht stellen. Es folgt eine längere, aber resultatlose Besprechung der Interpellation. Die Berathung des Antrags Stumm erfolgt morgen.

Stettin, 26. Februar. Der Verwaltungsrath der Berlin-Stettiner Bahn beschloß bei einer Rente von 4½ Procent auf den Einlösungskurs von 114 zu bestehen. Sollten die Propositionen des Staates bei vierprocentigen Konsols und nur einer Basis von 93 zu berechnen, stehen bleiben, so wird eine entsprechend höhere Rente verlangt. Die General-Versammlung ist auf den 3. April einberufen.

Petersburg, 26. Febr. Das von dem hiesigen „Herold" reproduirte Börsengerücht, der Finanzminister Greigh habe seine Demission gegeben und der Präsident des dritten Departements des Reichsraths Abaza sei als Nachfolger designirt, ist unbegründet. Unrichtig ist ebenso die Behauptung von dem Scheitern einer ausländischen Anleihe, da es sich augenblicklich überhaupt um einen solchen Abschluß nicht gehandelt.

Locales und Sächsisches.

— Die mit Rücksicht auf die Karnevalzeit verlegte Hoftrauer wegen erfolgten Ablebens S. K. H. des Prinzen Heinrich der Niederlande wird nunmehr auf eine Woche, vom 26. d. bis 4. März c. angelegt.

— Zu dem letzten diesjährigen Hofball, der am Dienstag in den Paradesälen der 2. Etage des königl. Schlosses abgehalten ward, waren gegen 800 Einladungen ergangen. Vor dem Balle nahmen die allerhöchsten und höchsten Herrschaften verschiedene Vorstellungen entgegen und erschienen dann ½9 Uhr im Ballsaale; die Polonaise eröffnete Ihre Maj. die Königin mit dem Erbgroßherzog von Baden und Se. Maj. der König mit Frau Minister v. Fabrice. Ihre Maj. die Königin trug eine hellgrüne Atlasrobe mit Perlenstickerei; Ihre königl. Hoheit Prinzessin Georg eine rosa Seidenrobe mit Spitzen garnirt. Das Souper an 2 Buffets fand ½11 Uhr im Bankettsaale statt; die allerhöchsten Herrschaften mit ihren distinguirtesten Gästen nahmen solches im Eckparadesaale ein. Die Querseite des Thronsaales, wo die Herrschaften souperten, war in sehr geschmackvoller Weise mit einem Blumenarrangement dekorirt. Dasselbe reichte bis zur Decke des Saales empor und bildete gleichsam eine Wand von blühenden frischen Blumen in reizenden Farbenzusammenstellungen. Eingerahmt wurden dieselben von großen grünen Blattpflanzen. Zwischen den Blumen waren silberne Girandolen mit Lichtern und Schaustücke aus getriebenem Silber plazirt, welche sich sehr vortheilhaft von dem Blumenhintergrunde abhoben. Mitten im Reigen des Kotillons, als die Uhr die 12. Stunde zeigte, brach ein Tusch des Orchesters und der Hoftrompeter die Tanzmelodie ab — der diesjährige offizielle Karneval hatte sein Ende erreicht. Außer JJ. MM. HH. Prinz und Prinzessin Georg und dem schon genannten Erbgroßherzog von Baden nahmen noch Theil an dem glänzenden und höchst animirten Feste: Prinz Alexander zu Sachsen-Weimar und Prinz Otto zu Schaumburg-Lippe. Die Kapelle des Schützenregiments „Prinz Georg" Nr. 108 (Musikdirektor Werner) spielte die Ballmusik.

— Dem Assistenten bei dem Hauptzollamte Leipzig, Adolph Bech, ward das Albrechtskreuz verliehen.

Kaum war die kostspielige Arbeit gelungen, die verschneiten Eisenbahneinschnitte von den hemmenden Schneewehen nothdürftig zu befreien, als am Dienstag Nachmittag ein neues Unwetter begann und in allen Theilen des Landes die Schienen unter neuen Schneemassen vergrub. Es waren gestern früh 8 Uhr 11 Linien verweht. Völlig gesperrt war wieder die Linie Dresden-Leipzig über Riesa. Dort kam der letzte Zug 309 nur bis Gohlis und kehrte dann nach Dresden zurück. Gleichzeitig wurden die Linien Priesteritz-Großenhain, Leipzig-Grimma und Wurzen-Grosdothen unfahrbar. Erst am Nachmittage des gestrigen Tages gelang es den Verkehr auf den Hauptlinien einigermaßen wieder herzustellen. Zwischen Riesa und Döbeln entgleiste in den Schneemassen Personenzug 128 mit 5 Wagen ohne weiteres Unglück für die Passagiere, welche man in einem Wagen 4. Kl. nach Ostrau brachte. Um 10 Uhr Abends blieb zwischen Breitingen und Kieritzsch ein Personenzug stecken, der Mittwoch früh noch nicht befreit war. Auf der Leipzig-Chemnitzer Linie ereilte das gleiche Schicksal einen Personenzug mit 2 Maschinen unweit Lodstädt; ein Güterzug sammt der ihm zur Hülfe geschickten Maschine eines Eilzuges blieb bei Wyhlen sitzen. Der letzte von Chemnitz nach Dresden gehende Personenzug mußte Nachts ½2 Uhr in 3 Abtheilungen nach Oederan gebracht werden, dann war die Strecke Flöha-Oederan bis Mittwoch Mittag völlig gesperrt. Auch die Linie Görlitz-Löbau war bis zur selben Zeit völlig unfahrbar. Zug 27 eröffnete dort mit 3 Postwagen und den Passagieren von 4 ausgefallenen Zügen ½12 Uhr Vorm. den Verkehr wieder. Die Linie Neustadt-Krumhermsdorf war gänzlich verweht, ebenso die Strecken Neustadt-Dürrröhrsdorf und Kamenz-Arnsdorf, auf welchen jedoch im Laufe des Tages der Verkehr wieder erzwungen wurde. Auch zwischen Nossen und Freiberg wurde ein Zug mit 2 Maschinen verweht und blieb die Strecke bis Mittwoch Mittag gesperrt. — Der durch diese langanhaltende Kalamität der Eisenbahnverwaltung entstehende Schaden ist bedeutend, denn zu den Kosten für die Beseitigung des Schnees kommt auch noch der Einnahme-Ausfall, den die Verkehrsstörungen unzweifelhaft herbeiführen.

In der gestern begonnenen Ziehung der Albertvereins-Lotterie fiel der 3. Hauptgewinn (ein silbernes Kaffee- und Thee-Service nebst silbernem Brett) auf Nr. 24,238. Da mit dieser Lotterie eine Ausstellung nicht verbunden ist, so sind für die sich dafür Interessirenden die ersten drei Hauptgewinne bei Herrn Jähne, Georgplatz 10, ausgestellt.

Am Sonntag nach vollendetem Gottesdienste in der hiesigen russischen Kirche an der Reichsstraße versammelten sich die hier weilenden Russen bei ihrem Pfarrer, Erzpriester Rosanow, der vor seiner Abreise nach Brüssel seine Landsleute zu einem Abschiedsdiner bei sich vereinigte. Bei dem von einem Kirchensängerchore zu einem musikalischen Concerte gebotenen Diner wurden Hochs auf den Fürsten Gortschakoff, den k. russischen Gesandten, und die Erbauer der hiesigen Pfarrkirche ausgebracht. Nach einer freundlichen Anrede des Hrn. Ministerial-Attachés von Soltyk-Romanoky, welcher die Fürsorge des Erzpriesters für den mit mancher Schwierigkeit verbundenen Bau der Pfarrkirche, wie auch die hohen Verdienste der Herren von Wilkulin und k. Hofarchitekt von Bosse um dieselbe betonte, wurde dem Herrn Erzpriester Rosanow eine Dankadresse nebst einer durch Subskription der Kirchengemeinde angesammelten Geldsumme zur Anschaffung eines mit Goldverzierungen geschmückten Hirtenstabes präsentirt, welcher eine den Dank der Theilnehmer aussprechende Inschrift haben und als gebührendes Zeichen der erzpriesterlichen Kirchenwürde nach russischer Landessitte bei Festlichkeiten getragen werden soll.

— Der Abg. Bebel hatte gegen das von der Leipziger Kreishauptmannschaft ausgesprochene Verbot eines Separatabdrucks einer seiner Reichstagsreden Beschwerde erhoben. Die Beschwerde ist jetzt von der Rekursinstanz des Bundesraths zurückgewiesen worden. Die Begründung dieser Abweisung ist von prinzipieller Tragweite. Es wird darin ausgeführt, daß die Bestimmung der Verfassung, wonach wahrheitsgetreue Berichte über Reichstagsverhandlungen straffrei sein sollen, nicht auf fragmentarische Berichte sich bezieht. Der einseitige Abdruck einer Bebelschen Rede gebe kein wahrheitsgetreues Bild der Verhandlungen, sondern bilde nur eine einseitige Auffassung des Gegenstandes. Ueber die betr. Frage hatten nämlich außer Bebel noch ein Bundeskommissar und 4 Abgeordnete gesprochen, deren Reden nicht mit abgedruckt worden waren.

— Wider einen Pferdehändler aus der Nossener Gegend, dessen vorübergehend hier betriebenes Geschäft sich als Wanderlager erwiesen hat, ist wegen unterbliebener Anmeldung dieses Betriebs und der Einlösung des Gewerbesteuerscheines für das laufende Jahr von der Gewerbepolizei das Strafverfahren eingeleitet worden.